

Erstheft  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
H. Herter, Sottlingen-Zürich  
Kollhofstr. 8.  
Vorkaufungen  
franco gegen Franco.  
Wöchentliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Abonnements  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreise von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzbank)  
Fr. 3.— für Deutschland (Goswiler)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Goswiler)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzbank).  
Inserate  
Die dreispaltige Zeitspalt  
25 Gts. — 20 Pfg.

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 30.

Donnerstag, 21. Juli.

1881.

Als an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, dem verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderung ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Adressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rückkommunikation. So viel an uns liegt, werden wir gewiß mehr Mühe noch Kosten sparen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Der 23. Juli.

„Unserm“ Kaiser gewidmet.

Unser theurer Heldengreis weist — wenigstens zur Zeit der Abfassung dieses Artikels — am Bodensee. „Alle Stände“, wie es heißt, „weiterern, Allerhöchstdemselben ihre Huldigungen darzubringen und die Versicherungen ihrer Liebe und Treue zu Füßen zu legen“. Gar erbaulich lauten die Berichte über die Anstrengungen der guten Konstanzer, durch Feuerwerke, durch dramatische Vorstellungen und v. Scheffel'sche Verse „die herzlichste Liebe zwischen Fürst und Volk zu offenbaren“.

Auch wir fühlen uns bemüßigt, zu diesem Freudenfeste ein Scherlein beizutragen. Freilich nur in schmuckloser Prosa. Auch greifen wir nicht zurück in die „glorreichen“ Zeiten Karls des Großen und nicht in die Barbarossa's, um den Heldenkaiser zu verherrlichen — wir lassen seine eigenen Thaten für ihn sprechen, seine Thaten in demselben Lande Baden, das ihm jetzt so entzückt jubelt.

32 Jahre sind es her, daß Wilhelm I., damals noch Prinz von Preußen, in Baden einzog, als Feind, mit der Ereklutionsarmee. Es war derselbe Prinz von Preußen, der ein Jahr vorher, in den Märztagen 1848, aus Berlin „ausgeschnitten“ war, wie sich Leute ausdrücken, deren Lieblosigkeit nicht einmal vor der Majestät zurückschaudert. Dieselben Leute treiben ihre Gemüthlosigkeit so weit, zu behaupten, seine Feigheit sei nur von seiner Habgucht übertroffen worden, und führen als Beweis an, daß zugleich mit ihm der Staatsstich — auskniff.

Verläumdung! Als Entschädigung für den im „Interesse des Staates“ mitgegangenem Staatsstich ließ er auf seinen Palast unter den Linden die Aufschrift „Nationaleigentum“ anbringen, damit derselbe vom „Pöbel“ respektirt werde. Und der „rohe wüthendmerische Pöbel“ respektierte in der That das „Nationaleigentum“. Es kennt eben noch nicht die Gesetze der „höheren Moral“, nach denen Fürsten Staatsstiche verschwinden lassen können und doch ehrliche, nachahmungswürdige Menschen bleiben.

Der musterschte Prinz von Preußen kämpfte also 1849 in Baden gegen die von dem Polen Mikolajewski befehligte Revolutionsarmee.

Die Schlacht von Waghäusel (21. Juni) war durch den Verrath der badischen Dragoner unter Beckert, welche mitten im Treffen zu den Preußen übergingen, unglücklich für die Revolutionsarmee ausgefallen. Die Letztere zog sich gegen die Festung Rastatt zurück und befehligte die Kurglinie, im Vertrauen auf Württemberg's Neutralität. Ihr folgte die „Ereklutionsarmee“. Am 29. Juni wurde zwar deren Angriff zurückgeschlagen; am 30. Juni aber nahm sie, indem sie das „neutrale“ württembergische Gebiet betrat, die Kurglinie und schloß die Festung Rastatt ein, die von einem großen Theil des Revolutionsheeres besetzt war. Noch während der Dauer des Krieges wurden gefangene Aufständische erschossen.

Im Gefechte bei Durlach wurden verschiedene Turner, die den Abzug der Revolutionsarmee deckten, von einem Kirchthum herabgeworfen und unten mit den Bajonetten gespießt.

Rastatt leistete hartnäckigen Widerstand. Schon beorderte der Prinz von Preußen, um Dresche zu schießen, von Koblenz schwereres Geschütz, als die Regierungen von Oesterreich und Bayern gegen die Zerstörung der Bundesfestung kräftige Einsprüche erhoben. Da gerieth ein Lieutenant auf die Kriegskunst, auf der Murg wohlverschlossene Flaschen mit Zeitungen hinabschwimmen zu lassen, damit die Belagerten, wenn sie selbige aufgingen, sich von dem gänzlichen Aufhören des Kampfes überzeugen und dadurch den Muth verliören. Das wirkte. Unter den Belagerten befand sich Corvin-Wierbicki. Dieser brachte es dahin, daß man ihn nebst dem Major Laupen damit betraute, sich am 18. Juli bei den Preußen als Parlamentäre zu melden und bis hinauf nach Freiburg und Konstanz zu reisen, um zu sehen, ob noch Entsatz möglich sei. Diese Reise machten die Genannten in Begleitung eines preussischen Officiers und zweier Unteroffiziere. Corvin gab bei seiner Rückkunft den Belagerten nicht nur Nachricht von der in Baden eingetretenen Grabsruhe, sondern er benachrichtigte sie auch, daß der Großherzog unterm 5. Juli eine Amnestie für Alle, welche sich bis zu einem bestimmten Termin freiwillig unterwerfen würden, verkündet habe.

Ferner wurde ein Kapitulationsvertrag auf Verreiben Corvins abgeschlossen, in welchem den Belagerten volle Amnestie zugesichert wurde. Nun ergaben sie sich auf Treu und Glauben und die Kapitulation ward am 23. Juli vollzogen.

Bei dieser Feierlichkeit ritt der Festungskommandant Liebesmann dem an der Spitze seines Generalstabs haltenden preussischen General von der Gröben entgegen und überlieferte ihm seinen Regen. Die Festungskavallerie, welche abfah und die Offiziere legten ihre Säbel auf die Erde und die Infanterie stellte ihre Gewehre zusammen. Nachdem aber die Freischaaaren ihre Waffen abgeliefert hatten, wurden sie Räuber und Lumpengesindel genannt und als

Gefangene in die Kaimauern der Festung eingesperrt, wo sie auf das Erbärmlichste behandelt wurden. Der Prinz von Preußen erklärte den Kapitulationsvertrag jetzt für ungültig, weil dieser nicht von ihm selbst, sondern in seinem Namen von einem Generalstabsoffizier, Major von Alvensleben, unterzeichnet war!

Dieser niederträchtige Wortbruch wurde am 23. Juli 1849 vollzogen.

Nun wüthete das Standrecht mit preussischer Virtuosität. Der hochherzige Liebesmann aus Landshut wurde zuerst erschossen, nach ihm der Schriftsteller Eisenhans, der alte Bönning von Wiesbaden, Major Heilig, Gebhard Croner, Reff und viele Andere. Alle starben mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“

In Freiburg blutete Max Dortu, in Mannheim fielen Trübschler, Streubel, Lacher, Diez und Höfer unter den mörderischen Kugeln des Standrechts.

Sollen wir unserem Gedächtnis noch besondere Betrachtungen widmen? Wir glauben es nicht nöthig zu haben. Wir wollen nur an das letzte Wort des jungen Dortu erinnern, der den Soldaten, die ihn zu erschließen hatten, zurief:

„Schießt gut, Brüder!“

Was würde Max Dortu wohl denken und sagen, könnte er hören, wie die charakterlosen Hurrahschreier und Volksverräther, die heute denselben preussischen Prinzen mit Hosannah begrüßen, den sie vor 32 Jahren am liebsten aufgehängt hätten, wie jene traurigen Sklavenseelen die Gräber der Standrechtsoffer von 1849 schänden und das Andenken der Todten beleidigen, indem sie ihrem Henker jubeln:

„Dem Schirmherrn Deutschlands an des Südens Grenzmark,  
„Den nicht allein der goldne Siegestorbeer,  
„Den auch des Eltervaters Pflicht erfreut,  
„Dem deutschen Kaiser Wilhelm Glück und Heil  
„Heil seinen Kindern und den Kindeskindern.“

Anderer sang man in Baden 1849. Ein Wiegenlied aus jener Zeit lautete:

„Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,  
„Da draußen geht der Preuß!  
„Deinen Vater hat er umgebracht,  
„Deine Schwester hat er zur Hür' gemacht,  
„Deinen Bruder trieb er in's fremde Land,  
„Das Haus hat er uns niedergebrannt!  
„Schlaf' mein Kind, schlaf' leis,  
„Da draußen geht der Preuß!“

Dieser Preuß heißt heute: Wilhelm I., der Gütige.  
Baden-Baden. Ein Unversöhnlicher.

### Briefe vom Kriegsschauplatz.

Leipzig, 17. Juli.

Die Wahl Bedel's im Landkreis und die Niederlage des national-liberalen Kandidaten Krause in der Stadt Leipzig hat unsere Nationalliberalen ganz aus dem Hinstehen gebracht. Letzteres Malheur vielleicht noch mehr als das erstere, auf welches sie halb vorbereitet waren. Zum ersten Mal seit es überhaupt Nationalliberale gibt, ist in der „Hochburg des Nationalliberalismus“ ein nicht nationalliberaler Kandidat gewählt worden.

Und Heine, der Krause geworfen, ist nicht nur kein Nationalliberaler, sondern sogar ein entschiedener Gegner des Nationalliberalismus. Weidaußig, als 2000 politikon — politisches Thier — betrachtet, ein wunderbares Mischgemisch: — fortchristlich, konservativ, sozialistisch, republikanisch, loyal-monarchistisch, kurz alles Mögliche, nur nicht bis-märkisch und nationalliberal.

Kurios und so recht bezeichnend für die heillosige Verwirrungslage ist unseres „liberalen“ Bürgerthums ist der Umstand, daß derselbe Heine, welcher in Leipzig-Stadt gegen die Nationalliberalen kandidirte, in Leipzig-Land von ihnen „als einziger Kandidat der Ordnungspartei“ auf den Schild gehoben und eifrig unterstützt ward.

Dem ersten „Schub“ ist bald der zweite gefolgt: zwei Tage vor der Wahl! Und da sage noch einer, die Verhängung des Belagerungszustandes habe nichts mit den Wahlen zu thun!

Das Vorgehen unserer Behörden in puncto des Ausweizens ist charakteristisch. Hätte man gleich nach Proklamirung des „Kleinen“ die auf der Liste stehenden zweihundert mit einem Male ausgewiesen, dann würde die Welt über die unerhörte Grausamkeit geschrien haben, und — der Schlag war gefallen: die nicht Betroffenen hätten bald wieder ein gewisses Gefühl der Sicherheit erlangt.

Statt dessen ist man so „human“, zu Anfang nur ein Sechstel der auf der Liste stehenden ausgewiesen; die übrigen kommen zu geeigneter Zeit an die Reihe.

Dies hat den doppelten Vortheil, daß die Regierungorgane die „Rückhaltung“ betonen können, mit welcher die Behörden von dem „Ausweisungsbefehl“ Gebrauch machen; und daß gleichzeitig — da die auf der Liste befindlichen Namen geheim gehalten werden — das peinlichste Gefühl der Unsicherheit in Tausenden hervorgerufen wird. Niemand weiß, ob er auf der Proscriptionsliste steht, und Jedermann weiß, daß bei Entwerfung der Liste die schamloseste Willkür gewaltet hat, daß also Jedermann auf der Liste stehen kann.

Wie schamlos diese Willkür, davon haben Sie bereits Proben gehabt. Unter den zuletzt Ausgewiesenen befindet sich ein 65jähriger Greis,

Rabe in Zschöcher, dessen einziges Verbrechen es ist, einen sozialdemokratischen Sohn zu haben; und ein Buchbinder, dem nichts anderes zur Last gelegt werden kann, außer, daß er für ein sozialdemokratisches Geschäft rein geschäftlich thätig war.

In dieser letzteren Familie ist Methode. Die Sozialdemokratie soll sozusagen in gesellschaftliche und geschäftliche Quarantaine versetzt, und für die noch nicht „vergiftete“ Bevölkerung zum Gegenstand des Abscheues und Schreckens gemacht werden.

Der beabsichtigte Zweck ist indeß nicht erreicht worden. In allen, nicht von Servilität und Nationalliberalismus völlig durchseuchten Volkstheilen haben die frevelhaften, durch nichts auch nur scheinbar gerechtfertigten Gewaltmaßregeln, statt der erhofften Zustimmung, die lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Bei der Wahl Bedel's im Landkreis hat diese Entrüstung mitgesprochen, und bei den kommenden Reichstagswahlen wird sie mitsprechen.

Ohne die geradezu russischen Zustände, die seit einiger Zeit in Dresden herrschen, würde die Sozialdemokratie am 12. ds. zwei weitere Siege errungen haben: im Dresdener Landkreis und in einem Dresdener Stadtkreis. Wie die Dinge lagen, war der Kampf zu ungleich — trotzbrachten wir es auch dort, zu einer bedeutenden Stimmenzahl.

Ich sagte: es herrschen russische Zustände in Dresden. Das ist keine Uebertreibung. Hören Sie nur:

Daß nach und nach Schütler, Kayser, Zumbusch, fünf andere „Führer“ und schließlich noch Regel hinter Schloß und Riegel gebracht worden, das war für unsere Staats- und Gesellschaftsrechtler noch nicht genug: die Partei mußte ihrer Presse beraubt werden. Die Buchdruckerei Zumbusch u. Co. wurde in der Woche vor der Wahl von der Polizei förmlich belagert, und bei einem Einbruch in das Geschäft fiel den uniformirten Eindringern ein im Druck befindliches Wahlsflugblatt für Bedel in die Hände, das, trotz seines ganz unerschütterlichen Inhaltes, natürlich sofort verboten wurde. — Doch dies war nur die Einleitung.

Nach dem Verbot des Flugblatts und nach obligater Ausfüllung der Druckerlei erklärte die Polizei, das verbotene Flugblatt sei dem Verbote zuwider weitergedruckt worden. Und auf Grund dieser un-mahren und unsinnigen, durch nichts unterstützten Behauptung wurde das sämmtliche Personal der Druckerlei und Expedition verhaftet und das Geschäft selbst, von dessen Theilhabern und Arbeitern kein einziger mehr in Freiheit war, von der Polizei geschlossen — „im Interesse des (betrennten!) Eigentums“!

Ebenfalls im Interesse des „Eigentums“ wurde das in der Druckerlei befindliche Geld bis auf den letzten Pfennig weggenommen.

Und das Alles am Freitag, d. h. vier Tage vor der Wahl, am Vorabend des eigentlichen Wahlkampfes, der in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag beginnen sollte.

Die braven Dresdener Genossen ließen sich aber nicht entmuthigen. Ungeachtet der Schließung der Druckerlei gelang es, neue Flugblätter und die nöthigen Stimmzettel herzustellen.

Frischen Muths ging es an die Vertheilung und an die Landagitation. Seitens der Amtshauptmannschaft wurden die Polizeiorgane und Gemeindevorstände angewiesen, die Verbreiter der verbotenen sozialdemokratischen Flugblätter — inzwischen war auch unser Flugblatt für den anderen Dresdener Wahlkreis (Stadt), wo Müsch aufgestellt war, verboten worden — zu verhaften. Und dies wurde — gewiß nicht zum Aerger der Herren von der Amtshauptmannschaft — von den Polizeiorganen und Gemeindevorständen so angefaßt, als sei die Verbreitung jedes sozialdemokratischen Flugblatts, ja selbst der sozialdemokratischen Stimmzettel verboten.

Demgemäß begann, namentlich in dem Dresdener Landkreis, eine Hejzagd auf unsere Genossen, wie Keulliches noch bei seiner Wahl vorgekommen. Zehn unserer Leute wurden verhaftet, Duzende durch Polizei und Gendarmarie am Vertheilen gehindert.

Es half jedoch Alles nichts; die Verbreitung der Flugblätter und Wahlzettel wurde nichtsdestoweniger bewerkstelligt. Und das Wahleresultat wäre trotz alledem in beiden Dresdener Kreisen ein für uns günstiges gewesen, hätte die Regierung nicht amtlich, d. i. durch ihre Zeitungen und Beamten, die Lösung ausgegeben:

Wer für den Sozialdemokraten stimmt, stimmt für den Belagerungszustand.

Durch diese Drohung, deren Väterlichkeit wir bei dem Mangel einer Preisse den Wählern nicht demonstrieren konnten, wurden hunderte von Wählern, die unter normalen Verhältnissen für unseren Kandidaten gestimmt hätten, von der Wahlurne ferngehalten und der Sieg uns entziffen.

Die säkliche Regierung wird in der nächsten Landtagsession für diese Reihe von Attentaten auf die Freiheit der Wahl, auf das Gesetz Rede und Antwort zu stehen haben!

Rachschriß. Der Fall Goldhausen ist Ihnen bekannt. Jetzt sucht die amtliche „Leipziger Zeitung“ dieses schreiende Unrecht damit zu motiviren, daß ein Wahlaufsatz für Bedel in der Goldhausenschen Druckerlei gedruckt worden sei. Nun wurde aber dieser Aufsatz erst nach der Ausweisung Goldhausen's gedruckt, kann also unmöglich den Grund zur Ausweisung geliefert haben; und zweitens ist der Wahlaufsatz (für den Leipziger Landkreis) gar nicht verboten worden, enthält also nichts, was selbst nach dem Sozialcensurgesetz ein Verbot rechtfertigen könnte. Unsere Behörden müssen ein sehr schlechtes Gewissen haben, daß sie ihre Vertheidigung nicht besser zu führen wissen.

Wenn man einmal Gewalt- und Willkürakte verübt, dann soll man auch entweder die Courage haben, sich offen auf den Standpunkt der Gewalt und Willkür zu stellen, oder das Geschick, die Willkür- und Gewaltakte scheinlich zu beschönigen. Die säklichen Behörden haben weder dieses Geschick noch jene Courage.

Das Noblessoobligo hat sein ergänzendes Pendant. Nicht die Noblesse legt Pflichten auf, sondern auch das Gegentheil der Noblesse, namentlich wo es sich in Amt, Würden und auf dem Geldsack speirt und staats- und gesellschaftsrechtlerische Aflaren annimmt. Wenn nicht Pflichten des Kaisers, doch wenigstens Pflichten der Logik, oder richtiger der Sophistik.

# Briefe eines Achtundvierzigers.

Berlin, 16. Juli 1881.

Ein Glück, daß das „Le ridicule tuo“ der Franzosen für unser Deutschland, die fromme Kinderstube, nicht gilt, sonst wäre unser Ober-Revolutionär, der sogenannte „eiserne Kaiser“, der aber in Wirklichkeit ein hohlerbärtiger Angstreifer ist, jetzt dem Schanplatz seiner legendären Umkurz-Thätigkeit entrückt. Das letzte „Attentat“ war aber etwas zu lächerlich. Eine gesprungene Waggonsfeder, die mit einer Dynamitpatrone, ein eherner Schaffner, der mit einem Nihilisten verwechselt wird — das ist mehr als arg!

Und dann der komische Schreden, der sich auf dem Gesichte des „Eisernen“ malte, als er nach dem unheimlichen Knall an das Waggonfenster gestürzt kam, und leichenblau, sprachlos vor Entsetzen, frampfhaft die Thüre zu öffnen versuchte, um den vermeintlichen Mörder zu entriemen!

Es war ein Schauspiel für Wüster und sündige Sozialdemokraten. Das „Attentat“ postierte bekanntlich auf der Fahrt nach Kissingen. Ganz erhalt hat der „Eiserne“ sich bis auf den heutigen Tag noch nicht von dem totalen Abenteuer, das übrigens nicht ohne Folgen sein dürfte.

Gegen den Fabrikanten, welcher den betreffenden Waggon mit der Attentats-Feder geliefert hat, soll ein Hohperrath- und Rordausfalls-Prozess intendiert sein. Und des weiteren vernimmt man, daß der „Eiserne“ sich den Genuß des sonst so verehrten Champagners abgewöhnt hat, weil der Pfropfen zu lebhaft an Dynamitpatronen erinnert.

Wie gut, daß der heilige Cognac nicht explosiv ist! —

Recht spassig ist die neueste Encyclopaedia des Papstes. Sie wirft Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus, Nihilismus, kurz alle modernen ismen, gute und schlechte, pöts molo in einen Topf, und leitet das ganze Uebel der Welt aus der Reformation her.

Darnach wäre der protestantische Fürst Bismarck ein Sozialist, Kommunist, Nihilist — was ja nicht so ganz unecht. Im höchsten Grade ergötzlich ist die Enttäuschung unserer Liberalen über diese „Infulen“, diesen „Zuschlag“ ins Gesicht des protestantischen Prinzips. Der Papst hat eben mehr Logik als die Herren Liberalen, deren starke Seite die Logik nie gewesen ist, so wenig wie die Konsequenz. Freilich, es ist nur die Logik des Unsinns.

Wenn übrigens die Herren Liberalen aus dem kuriosen Altersstück Kapital für den Kulturkampf zu schlagen hoffen, so wünschen sie sich sehr. Der reaktionäre Staat des Herrn Bismarck ist dem bürgerlichen Liberalismus gerade so feindlich wie der unerschrockene Papst, und daß der unerschrockene Papst die Welt in religiöser und wissenschaftlicher Beziehung hinter die Reformation zurückzuführen will, kann dem genialen Staatsmann sicherlich nicht mißfallen, daß dasselbe Ziel auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete verfolge.

Es sieht fest, daß noch vor der Reichstagswahl, die nicht vor Oktober, vielleicht später stattfindet, der Belagerungszustand über eine Reihe von Städten und Industriebezirken verhängt werden soll. Hauptsächlich mit Rücksicht hierauf wird der Bundesrath Anfangs September wieder zusammentreten.

En attendant hat die sächsische Regierung für „ihr“ Land eine Anzahl Blanco-Vollmachten zur Benutzung à discretion erhalten. Sie glauben aber ohne weitere Applikation des „Kleinen“ fertig zu werden. Daß sie fertig werden wird, glauben wir auch.

## Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 20. Juli 1881.

Die Antwort auf den Belagerungszustand in Leipzig ist am 12. Juli gegeben worden. Der östliche Leipziger Landkreis für die sächsische Landtagswahl hat mit glänzender Majorität den Kandidaten der Sozialdemokratie, den ausgewiesenen Bebel gegen den Kandidaten der vereinigten Ordnungsparteien gewählt. Wenige Tage vor der Wahl hatten die Ränder des Ausnahmegesetzes noch 22 neue Ausweisungen verfügt, um unsere Partei durch den Schreden zu lähmen. Es war aber Alles umsonst. Umsonst setzten sie Himmel und Hölle in Bewegung, verbreiteten die unverschämtesten Lügen, beschränkten sie die Freiheit der Wahl, behen unsere „Agitatoren“, legten der Verbreitung der Wahlplakate und selbst der Stimmzettel jedes mögliche Hinderniß in den Weg — umsonst ließen sie mehrere Träger von Flugblättern und Stimmzetteln am Tage der Wahl, oder unmittelbar vorher, verhaften — die sozialdemokratischen Wähler blieben unerschütterlich fest, und der Sieg blieb unser.

Die ganze Umgebung von Leipzig, welche für die Reichstagswahlen einen Wahlkreis bildet, ist nun im Landtag durch zwei Sozialdemokraten vertreten: durch den jetzt gewählten Bebel und den vor zwei Jahren in der — westlichen — andern Abtheilung gewählten Liebknecht. Damit

## Feuilleton.

### Die „nationale“ Bewegung in Böhmen.

II.

Im Jahre 1848 zeigte es sich deutlich, wie Oesterreich als ein Ueberrest aus der Periode, in welcher die Völker noch nichts in die Staatsverwaltung dazuzurechnen hatten, daß Oesterreich als ein wesentlich zusammengehöriges und zusammengehörig — freie Galizien — Staat, der nicht durch die Bande der Nationalität oder Interessengemeinschaft, sondern nur durch die Dynastie zusammengehalten wird, daß der zu Grunde gehen muß, bevor seinen Einwohnern wirkliche politische Freiheit zu Theil werden kann. So oft man den Habsburgern Zugehörnisse abgerungen hatte, benutzte man sie regelmäßig dazu, sich gegenseitig zu unterdrücken und wieder dem Absolutismus zuzuwenden. In Oesterreich ist nur der Absolutismus möglich, und da dieser heutzutage unmöglich ist, ist auch Oesterreich unmöglich.

Das Jahr 1848 zeigte denn auch in Oesterreich eine heillose Konfusion. In Böhmen waren die Tschechen anfangs revolutionär, die Deutschen in Prag schlugen sich dagegen auf Seite des korbischen Windischgrätz, als derselbe Prag besetzten ließ. Als aber derselbe Windischgrätz gegen Wien zog, um dieses niederzuschmettern, waren die vor kurzem noch revolutionären Tschechen auf seiner Seite. Kechnitz verhielt es sich mit den Kroaten und Ungarn. Kein Wunder, daß die Erhebung in Oesterreich bald niedergeschlagen war, mit Ausnahme der der Ungarn, dem einzigen ausschließlich österreichischen Volksstamm, der einen größeren geschlossenen Landkomplex bewohnt.

1860 kam endlich die deutsche Bourgeoisie in Oesterreich zur Herrschaft, nachdem das Jahr 1850 die Unmöglichkeit dargelegt hatte, bloß auf das Militär und die Bürokratie gestützt, zu regieren. Das Jahr 1867 besetzte diese Herrschaft für die weltliche Reichshäupter, indem man den Ungarn die östliche mit mehr als fünf Millionen Slaven und drei Millionen Rumänen überließ.

Man begann in Eile die Organe der deutsch-liberalen Bourgeoisie unter dem „Bürgerministerium“. Wer da weiß, wie abern sich diese selbe Bourgeoisie in Deutschland während und nach dem „heiligen“ Krieg gegen den „verkommenen Erbfeind“ benahm, wie töpferhaft brutal dieselbe jetzt gegen die „Semiten“ auftritt, dann wird man begreifen, daß dieselbe ihre Herrschaft über die Slaven in einer Weise übt, die den

haben wir den Leipziger Landkreis auch für die bevorstehenden Reichstagswahlen erobert.

Die Herren in Dresden und in Berlin wissen jetzt, was das Volk über sie und ihre Treiben urtheilt.

Die volle Bedeutung unseres Sieges tritt erst dann hervor, wenn man erwägt, daß die Landtagswahlen nicht nach allgemeinem Stimmrecht stattfinden. Landtagswähler in Sachsen ist nur, wer an direkten Landesstimmern mindestens 4 1/2 Mark jährlich — 3 Mark fixe Steuern und 1 1/2 Mark sogenannten Zuschlag — bezahlt, ein Zensus, durch welchen im Ganzen ungefähr zwei Drittel sämmtlicher Reichstagswähler von dem Wahlrecht für den Landtag ausgeschlossen werden.

Die Ausgeschlossenen sind aber durchweg Sozialdemokraten. Und dennoch hat die Sozialdemokratie gesiegt.

Hierzu kommt noch, daß die vereinigten Ordnungsparteien uns in der Person Heine's, der sehr populär ist und infolge seiner vorwiegend Privatbesitzthätigkeit auch unter der Arbeiterklasse viele Sympathien hat, den denkbar gefährlichsten Gegenkandidaten gestellt hatten.

Und doch hat die Sozialdemokratie gesiegt.

Dieser Sieg ist ein imposanter Protest gegen die Verhängung des Belagerungszustands.

Er zeigt, daß die Bevölkerung von der schmahlvollen Reaktionswirtschaft nichts wissen will, und daß die Organisation der Sozialdemokratie durch seine Verfolgung erschüttert werden kann.

Nach ihrer Niederlage erlaubten sich die vereinigten Ordnungsparteien das kindliche Vergnügen, die Galtigkeit der Wahl Bebel's zu bestreiten, indem sie erklärten, derselbe entrichte bloß 17 Mark direkten Landessteuern, während das sächsische Wahlgesetz die Landtagswählbarkeit an die Zahlung von mindestens 30 Mark jährlich knüpft.

Aber das war nur ein Parthischer Pfeil, den der geschlagene, stehende Feind abschoss.

Es ist wahr, Bebel bezahlt nur 17 Mark. Durch einen strafbaren Amtsmißbrauch war dies in die Öffentlichkeit gelangt.

Allein das sächsische Landtagswahlgesetz vom Jahre 1868 bestimmt:

„§ 5. In soweit Wahlrechte von dem Eigenthum eines Grundstückes oder der Entrichtung eines gewissen Abgabebetragtes abhängen, ist dem Ehemann und Vater der Grundbesitz seiner Ehefrau und der in seiner väterlichen Gewalt befindlichen Kinder, sowie die für Ehefrau und Kinder zu entrichtende Steuer anzuzurechnen.“

Und

„§ 10. Die Wählbarkeit wird außer den § 4 bemerkten — hier nicht in Frage kommenden — Voraussetzungen ferner dadurch bedingt, daß der zu erwählende an Grundbesitz oder an eigenthümlich zugehörigen inländischen Grundstückes, oder an direkten Personalabgaben, oder an beiden zusammen wenigstens zehn Thaler jährlich — ohne den Zuschlag von 50 Prozent — entrichte (vergleiche übrigens Paragraph 5). Bei Berechnung dieses Leiden die Vorschriften im — hier nicht in Frage kommenden — § 19, Absatz 2 und 3 analoge Anwendung.“

Kun ist aber Bebel's „Ehefrau“ juristisch die Inhaberin eines Theiles des Geschäfts „Joleit und Bebel“ und bezahlt als solche das vier- und fünffache des von dem sächsischen Landtagswahlgesetz für die Wählbarkeit vorgeschriebenen Steuerbetrags. Nach dem sächsischen Landtagswahlgesetz muß dieser Betrag dem „Ehemann“ Bebel „angerechnet“ werden, welcher demnach die Bedingungen des sächsischen Landtagswahlgesetzes, zum unsagbaren Aerger der Feinde, übergenühend erfüllt.

Uebrigens würde es anfernen Sieg keinen Abbruch gethan haben, auch wenn Bebel wirklich nicht wählbar gewesen wäre. Unseren Sieg vom 12. v. M. kann man auch nicht entziehen, und im Falle der Ungültigkeitserklärung hätten wir einfach am Tage der Ersatzwahl einen neuen Sieg erlangt. — Denn die Behauptung der reaktionären Blätter, der Gegenkandidat wäre dann einfach als gewählt zu betrachten, ist total falsch, wie ein Blick auf die analoge erste Wahl Liebknecht's lehrt.

Bekanntlich wurde derselbe — im Jahre 1877 — deshalb kassirt, weil Liebknecht noch nicht die erforderlichen drei Jahre Staatsangehörigkeit auszuweisen konnte. Die Reaktionen, obenan natürlich die National-liberalen, verlangten damals, gerade wie jetzt bei Bebel, die für Liebknecht abgegebenen Stimmen sollten sans façon als nicht vorhanden, und der Gegenkandidat als gewählt betrachtet werden. Die Regierung weigerte sich jedoch, diesem vernunft- und gesetzwidrigen Ansuchen zu entsprechen: sie ordnete, ohne den Zusammentritt des Landtags abzuwarten, aus eigener Initiative eine Neuwahl an, aus welcher Freitag als Sieger hervorging.

Genau so hätte auch jetzt verfahren werden müssen.

Und die Sozialdemokratie hätte zwei Siege erlangt statt eines.

Der Liberalismus hat in Deutschland gründlich abgewirtschaftet. Sowohl in Sachsen als auch in Bayern ist er bei der letzten Landtagswahl gründlich geschlagen worden. Die Konservativen, die jetzt in Sachsen, und die Ultramontanen, die in Bayern die Majorität im Landtag haben, sind zwar im sein Jota besser, aber viel schlimmer als die Liberalen werden sie es auch nicht machen. Vielmehr werden sie sich ebenso schnell, ja wahrscheinlich noch schneller als diese abwirtschaften. Und dazu: Glück auf!

Jetzt ist's heraus! Es hat zwar ein bißchen lange gedauert, daß drei Wochen, bis es der erschauerten Welt kund gethan wurde, aber

nationalen Panatismus nichts weniger als einschüfterte. Die Periode des „Bürgerministeriums“, diese affekt als die des Ideals der Freiheit von den Liberalen bezeichnete Periode, ist denn auch in Böhmen durch den Belagerungszustand in Prag, durch unzählige Konfiskationen tschechischer Zeitungen, durch zahlreiche mehrjährige Kerkerstrafen tschechischer Schriftsteller gekennzeichnet.

Die Liberalen haben die Grise gemacht und die Praxis eingeführt, über die sie jetzt so wimmern, weil sie gegen sie angewandt werden. Und doch hat es das reaktionäre Ministerium Laaffe noch nicht gewagt, so weit gegen die Deutsch-Liberalen vorzugehen, als diese seiner Zeit gegen die Tschechen vorgegangen sind. So war es z. B. eine beliebte Praxis unter der „liberalen“ Ära, tschechische Schriftsteller, die man gerne vernichtet wissen wollte, und deren Freisprechung durch eine tschechische Jury man fürchtete, vor deutsche Beschworenengerichte zu verweisen. Heute noch verfährt man so gegen die Freidenker, ohne daß eine Stimme der Entrichtung laut wurde. Man stelle aber einmal den Redakteur der „Neuen Freien Presse“ vor ein tschechisches Schwurgericht, und es wird sich ein Fingerschmerz erheben, als wäre jetzt erst die Freiheit in Oesterreich bedroht, die ja doch faktisch bisher nur für die Deutsch-Liberalen bestanden hat.

Die Tschechen waren bis zum Regime Laaffe — mit Ausnahme der kurzen hohemwärtigen Episode — in Oesterreich den schmerzhaftesten Demüthigungen angesetzt. Ihr Name war zu einem Schimpfwort geworden, deutsche Schulungen, noch heute hinter den Ohren, sprachen ihnen in „liberalen“ Blättern jede Befähigung zu höherer Kultur ab und erklärten Erbarbeiten und Fingerringen als ihre „natürliche“ Beschäftigung.

Wahrscheinlich, es klingt höchst lächerlich, wenn die Deutsch-Liberalen, nachdem sie in Folge ihrer Unfähigkeit und Feigheit die Herrschaft an eine slavisch-keriale Koalition abtreten mußten, über Vergewaltigung und Erpreßens seitens der Tschechen klagen, deren nationaler Panatismus sie selbst vollständig auf's höchst mögliche Maß gesteigert haben, nachdem ihn schon eine tausendjährige Entwicklung mehr als wünschenswerth erweitert hatte. Noch lächerlicher aber ist es, wenn unsere tschechisch-germanische Studentenschaft, deren Plünze nach die Spuren antisemitischer „Rundschungen“ tragen, höchst entrüstet über die Rahlheit des tschechischen „Völkch“ thut.

Wir wollen damit natürlich die Vorgänge in Prag nicht beschönigen und noch viel weniger das Regime des Herrn Laaffe entschuldigen. Die Tschechen benehmen sich heute ebenso abern und feigehaft gegen die Deutschen, als diese sich früher ihnen gegenüber benommen hatten, und Graf Laaffe ist um kein Haar besser als Herbst und Konforten.

Doch nicht um eine moralisierende Beurtheilung der jüngsten Borkomnisse handelt es sich, sondern aus ihnen für die weitere Entwicklung

deßo glänzender steht sie jetzt vor der Welt da — die sächsische Regierung nämlich, ob der Verhängung des „Kleinen“ über Leipzig. Schauerlich sind die Enthüllungen, die sie jetzt durch ihr offizielles Mundstück, „Leipziger Zeitung“ genannt, zum Vorschein gibt. Ist es nicht entsetzlich, daß es in 21 Orten der Antshauptmannschaft Leipzig 76 mehr oder weniger entschieden sozialdemokratische Gemeinderathmitglieder gibt? Muß sich nicht jedem ehrsamem Spießbürger jedes Haar auf dem Haupte einzeln fräuben, wenn er erfährt, „bei Verhandlung des Wahlorganisationsplanes für Leipzig sei die Eventualität einer „allgemeinen Erhebung“ für den Fall, daß man das Aulrecht in der Schweiz und andere Freiheiten aufhebe, ausdrücklich in Betracht gezogen worden?“ Man denke in Betracht gezogen! Schauderhaft. Aber das ist noch nicht das Schlimmste; daß es den Berrathen Ernst war, beweis die fernere „Thatsache“, daß „die Führer der Sozialdemokraten häufig in Leipzig zusammengekommen sind (schematisch!) und geheime Beratungen gepflogen haben (unerschdet!), an welchen öfters — und nun kommt das Furchterliche — aus Anstalt einige Führer der nihilistischen Partei theilgenommen hatten!“ Na, wenn das noch nicht genügt, um den „Kleinen“ zu rechtfertigen, dann mag der Teufel — offizielle Blätter schreiben!

Woher sie nur wieder dahinter gekommen ist, die sächsische Polizei! Der Guten bleibt doch nichts verborgen. Nun sie es einmal weiß, dürfen wir es offen eingestehen: Ja, es ist wahr; noch zwei Tage vor der Proklamirung des „Kleinen“ fand eine solche „geheime“ Sitzung statt, zu der nicht nur Hartmann aus London und Vera Sassulitsch aus Paris erschienen waren, sondern an der auch Trigonis und Joffa Helfmann Theil nahmen, nachdem ihnen — soweit geht die Humanität der russischen Behörden — extra ein Urlaub zu diesem Zweck bewilligt worden war. Und wer nun noch daran zweifelt, daß die Verhängung des „Kleinen“ so berechtigt war, wie die Ausweisung jenes 66jährigen Mannes, dessen gleichnamiger Sohn Sozialist ist, der verdient, selbst ausgewiesen zu werden.

Das Tschechenblatt „Politik“ erklärte, um die Deutschen zu höhnen, den Belagerungszustand als echt germanische Einrichtung. In Berlin, Hamburg und Leipzig, da gilt es also die nationale Ehre wiederherzustellen, an der Spree hüt der Erbfeind, nicht an der Seine oder der Wolbau.

Der Einfluß der kapitalistischen Produktionsweise auf die Moral wird deutlich illustriert durch die Verbreiterstatistik. Die Zahl der Verbrecher in Preußen betrug in dem guten Jahr 1872 bloß 8,198 (1871 gar nur 6,408, doch ist zu bedenken, daß der Krieg viele Verbrecher von ihrer Thätigkeit im Innern abgelenkt hat) stieg jedoch mit dem Eintreten der Krise in rascher Folge und erreichte 1878 die furchtbare Höhe von 14,022. Und zwar sind es gerade die Industriebezirke, in denen die Krise am furchtbaren wüthete, wo die Verbrecher am meisten zugenommen haben, trotzdem, wie die Statistik lehrt, die industrielle Bevölkerung weniger zum Verbrechen neigt, als die ländliche — ein Resultat, welches den Herren Konservativen allerdings sonderbar erscheinen dürfte.

1866—68 entfallene Verbrecher auf Einwohner:	
Provinz Preußen	1607
Brandenburg	1579 (1)
Pommern	2277
Posen	1827

dagegen in den industriellen Provinzen:

Rheinland	2919
Sachsen bloß	3189

1876—78 dagegen hat sich das Bild geändert. In Brandenburg blieb sich die Zahl der Verbrecher gleich. Abgenommen dagegen hat sie in Preußen, wo

1 Verbrecher nur mehr auf 1901 Einwohner kam,	
1 „ „ „ „ 3122 „ „ in Pommern	
1 „ „ „ „ 1733 „ „ in Posen.	

Zugenommen dagegen haben die Verbrecher in folgenden Provinzen, wo 1 Verbrecher auf Einwohner entfiel:

1876—78	1866—68
in Schlesien auf 1673 Einwohner	2157
„ Sachsen „ 2195	2157
„ im Rheinland „ 1992	2919

Die Zunahme ist entsetzlich — sie ist naturnothwendig mit dem Ueud der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft — und sie wird erst aufhören, bis dieses Ueud der kapitalistischen Produktionsweise hinweggefegt ist.

Wie die Bourgeoisie sich und die Welt betrügt. Aus Zwickau läßt sich die „Leipziger Zeit.“ schreiben:

In den seit Mitte Mai aus Staatsmitteln eingerichteten Lehrwerkstätten für Korbflechterei in feiner und mittelfeiner Waare ist die Arbeit in vollem Gange. Gegen 40 Lehrlinge (männliche und weibliche) von 14 bis in die zwanzigsten Jahre arbeiten mit Lust und Liebe und, da sie alle der Fieberkrankheit, welche in Verwandtes mit der Fledererei hat, angehört, auch mit Geschick. Dem Besuche, einen neuen Industriezweig hier einzuführen, wird es an Erfolg nicht fehlen, da in 1 1/2 bis 2-jährigen Unterricht die Lehrlinge so weit ausgebildet werden, daß sie selbstständig arbeiten können. An Berlegern für fertige Arbeit wird es, wie es den Anschein hat, auch nicht fehlen.“

Noch nicht 40 Lehrlinge — und der Rüstgrund zählt

Oesterreichs die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Und diese sind allerdings für die Kubänger des österreichischen Staatsgedankens nicht sehr tröstlich. So wie die ganze historische Entwicklung seit 1848, beweisen auch die Ereignisse der letzten Jahre, der Versöhnungsaera, daß in Oesterreich und namentlich in Böhmen eine Ära der Versöhnung auf Grundlage der herrschenden Parteien unmöglich ist.

Es ist nicht möglich, daß die Deutschliberalen und die Tschechisch-liberalen ruhig zusammenwohnen, der eine von ihnen muß stets den Hammer spielen, wenn er nicht den Ambos spielen will. Jede der beiden Parteien fängt, so lange sie unbedrückt wird, auf Nach, um dieselbe zu betätigen, wenn sie an's Kuben kommt und so die Reize der Repressalien und Retriminationen ins Unendliche zu verlängern.

Es gibt in Böhmen, wie überhaupt in Oesterreich nur einen Stand, nur eine Partei, die eine Ära der Versöhnung inauguriert könnten, das sind die industriellen Arbeiter, das ist die Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratischen Arbeiter Böhmens haben ihre internationale Organisation in der Versöhnungsaera auf das Glanzende betätigt, allen nationalen Traditionen zum Trotz, und so sehr auch ihre Aufgabe dadurch erschwert wurde, daß der nationale Gegenpart in Böhmen auch häufig einen sozialen birgt. Die Großindustrie ist nämlich daselbst vorwiegend in deutschen Händen, wie dieß der Anfall der Handelskammerwahlen aufs deutliche zeigt; die Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Bauern sind dagegen, die rein deutschen Bezirke natürlich ausgenommen, fast durchgängig Tschechen. Trotzdem haben sich die tschechischen Arbeiter nicht abschrecken lassen, ihren deutschen Brüdern die Hände zu reichen und damit zu dokumentiren, daß sie eine neue Weltanschauung vertreten. Die Bourgeoisie, groß geworden, in dem Verstreben nach Vorkriegsstand von Rom und nach nationaler Einheit und Selbstständigkeit, muß naturgemäß national gekannt sein. Die Herrschaft der Bourgeoisie muß daher in einem Lande, in dem der nationale Gegenpart ein mächtiger ist, denselben noch verstärken.

Nur mit Befriedigung der großen und kleinen Bourgeoisie kann auch der nationale Frieden, die Versöhnung in Oesterreich hergestellt werden: Dann freilich zu spät. Denn der Sturz der Bourgeoisie wird unter so gewaltigen Konvulsionen vor sich gehen, daß sie Oesterreich in Stücke reißt, wenn diese Zerstückelung nicht den Sturz der Bourgeoisie einleitet sollte.

ca. 10,000 halbhungerter Weber! Das nennt man auf deutsch: Ein Tropfen Wasser in's Feuer.

— So kurze Zeit nach die Einkommensteuer im Königreich Sachsen betrie, sie liefert bereits lehrreiche Ergebnisse.

Die Zahl der Einkommen unter 1100 Mark ist die einzige, die sich höher vermehrt hat, als die Bevölkerung; sie betrug 1878 832,876, 1879 dagegen 927,494. Die Durchschnittshöhe dieses geringen Einkommens hat sich dagegen vermindert, von 526 Mark 1878 auf 509 Mark 1879. 509 Mark das jährliche Durchschnittseinkommen (nicht das niedrigste Einkommen) von 927,494 Erwerbenden, deren keiner mehr 1100 Mark einnimmt!

Ingenommen haben dagegen in dieser Periode des allgemeinen Elends die Vermögen der Reichen. Die geschätzte (bekanntlich bei den großen Vermögen stets zu niedrig geschätzte) Durchschnittshöhe der Einkommen über 100,000 Mark betrug 1878 241,913 Mark, 1879 dagegen 248,403 Mark. Diese Herren werden also von der Krise nicht betroffen, ihren Ansehn wissen sie stets durch Lohnüberhebungen — mit Rücksicht auf die schlechten Zeiten — weit zu machen! Lohnherabsetzungen zugleich mit Zunahme der großen Vermögen — Arbeiter, meist Euch's, wernicht nur das technische, sondern auch das geschäftliche Risiko der industriellen Unternehmungen zu tragen hat!

— Stamm ging herum wie ein brüllender Löwe und suchte, wen er verschlinge. Und da kam ihm entgegen ein harmonisch-harmloser Hirsch. Unvorsichtig ließ Stamm ein Gedrüll in Gestalt eines Laoses los, der also lautete:

„An die Arbeiter! Am diesigen Orte soll sich ein Abteiler jener berühmtesten Gewerkschaft gebildet haben, deren englische Vorbilder weit über das Maß der sozialdemokratischen Ausschreitungen hinaus nicht vor den gewaltthätigen Verbrechen zur Erreichung ihrer Zwecke zurückgeschreckt sind. Wohl ließ der läghliche Erfolg, den der undeutsche Demagoge Hirsch bei uns erzielt hat, die Gewerkschaft diese blutigen Wege in Deutschland bis jetzt noch nicht wandeln. Aber auch in unserem Vaterlande haben die Gewerkschaften in ihrem beschränkten Kreise das Verhältnis der Arbeiter zu ihren Arbeitgebern vergiftet; sie haben hunderte bis dahin fleißige und solide Arbeiter in Noth und Elend gestürzt und eine noch weit größere Zahl dazu verleitet, ihre mühsam ersparten Groschen in Invidienfahrten abzugeben, welche keine Sicherheit für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung gewähren. Unter der Maske „Freiheit“ erheben die Gewerkschaften gleich ihren sozialdemokratischen Genossen die äußerliche Anklage des Einzelnen durch eine von gewissenlosen Agitatoren geleitete Majorität. Unter diesen Umständen halte ich es für meine Pflicht, die bisher von meiner Firma gegen sozialdemokratische Agitationen gerichteten Bekannmachungen auf die Hirsch'schen Gewerkschaften und alle diejenigen, welche dieselben direkt oder indirekt unterstützen, ausdrücklich anzudeuten.“

Armer Hirsch! Deine Weisheit besteht darin, uns zu predigen, daß die Kapitalwölfe gar kein Fleisch fräßen, wenn man mit ihnen handle, und nun zerfleischen sie auch Dich trotz Deines Harmoniegeheul's. Ja, lieber Waz, ein Wolf bleibt ein Wolf, selbst wenn er wie ein Schaf aussieht, und sein Heißhunger wird zu Zeiten so groß, daß er nicht einmal die eigenen Lohndügel verschont.

— Preussische Heptile. Dieses Geschichtchen macht sich in neuester Zeit ganz unverschämte breit, Grund genug, die saubere Gesellschaft wieder einmal gehörig unter die Fuchtel zu nehmen! Es ist ein recht lehrreiches Kapitel das, und ganz besonders für die spätere Geschichtschreibung. Beginnen wir also heute mit dem Briefe eines Genossen aus Süpreußen.

„In Goldap“, schreibt unser Freund, „einem kleinen Städtchen in Ostpreußen, gab es einmal einen Landrath, einen Baron v. Schöbber. Trotz seiner Erbärmlichkeiten hielt ihn die Gumbinner Regierung. Alle Kleiner, reich und arm, hatte das Genie anzupumpen verstanden, und zwar wegen seines Durstes recht beliebt da, so kam doch eine Zeit, wo er keinen Umgang mehr hatte, als nur den Abbeder. Mit diesem fröhnte er seiner Hauptleidenschaft, der Jagd, und man sagt, der königliche Beamte habe oft mit seinem erwähnten Freunde im königlichen Forst gewildet. Die Korre ging plötzlich nicht mehr, er mußte von seinem Posten fort. Nach Berlin zog ihn sein reaktionäres Herz, und sofort fand er bei der „Provinzial Korrespondenz“, im Preßbüreau, Anstellung. Wir glauben der blaublättrige Herr ist bereits zu seinen Vätern versammelt. — Heute taucht ein anderer Ritter, Otto de Grahl, auf demselben Wege auf, der Redakteur des „Deutschen Patrioten“. Wer sollte dies Schandblatt nicht kennen, da es nur für die Wahl geschaffen, allen reaktionären Zeitungen gratis beigelegt wird, und — leugnen wir es nicht, wir lesen, um zu lachen, auch einmal solche Blätter. Wieder hat sich die Reaktion, mit dem Blatte selbst wollen wir uns nicht besonders beschäftigen, einen Ehrenmann zum Redakteur ausgesucht. Dem de nach muß der edle Ritter, wenn es ihm überhaupt gebührt — jedenfalls sühnen wir es ihm — aus Frankreich kommen, zunächst auch aus Holland, geboren ist er aber in Hamburg. Als guter „deutscher Patriot“ trat er in österreichische Dienste und brachte es dort, sein „deutsches“ Schwert gegen die Freiheit Italiens schwingend, bis zum Artillerie-Brigadier. Von dort wandte er sich an Louis Napoleon, und kann man seine Bittbriefe in der Samlung „Briefe deutscher Bittelpatrioten“ nachlesen. In Schleswig-Holstein kämpfte er als Oesterreicher, blieb nach dem Kriege in seiner Vaterstadt, und hatte plötzlich — man sagt, er habe viel mit der preussischen Regierung verkehrt — sowie Geld, eine angebliche Erbschaft, daß er sich ein Gut kaufen konnte. Die gewonnenen, so zerronnen: das Geld flog auf; aber — Gott verleihe die Seinen nicht, das preussische Preßbüreau fandte den edlen Ritter sofort nach Gumbinnen als Redakteur an die reaktionäre Preussische Lituanische Zeitung, und wurde ihm ein anständiger Gehalt dafür aus der Regierungslasse gezahlt. Mit dem Blatte siedelte er nach Jüterburg über und brach auf dem Bahnhof bei seiner Abreise nach Königsberg ein Bein. In Königsberg wurde er Redakteur der reaktionären „Ostpreussischen Zeitung“, die Stadt der reinen Verbannt, freilich ein längst überwindener Standpunkt, machte ihn zum Vorbilde der Bürgerressource. Dort schrieb er den in mehreren freisinnigen Zeitungen zum Abdruck gekommenen famosen Bittbrief an den frommen Major von Oelshin in Gumbinnen, der ihn und die erbärmliche Reaktionspartei schamröthlich blamierte. Die Reaktion that Alles, um sich den Ehrenmann zu erhalten, er hatte sich aber eine solche Schuldentast auf den Hals geladen, daß es schier unmöglich war. Wieder trat der preussische Staat für den weiland österreichischen Offizier helfend ein, und soll ihm ein einträglicher Polizeiposten in Stralsburg geworden sein. In dem fernsten Orte entstehend der edle Ritter untern Augen, jetzt wenen wir uns um so mehr, ihn wieder in der Nähe auf der Bildsäule erscheinen zu sehen, und zwar als Redakteur des schon erwähnten „deutschen Patrioten“, der nach seiner Aufgabe, für reaktionäre Wahlen zu wirken, und nach den Antecedenten des Ritters besser auch „Bittelpatriot“ genannt werden sollte. — Uebrigens kennen wir noch mehrere Beispiele der Art, daß wenn das Berliner Preßbüreau Strafen zu besetzen hat, so oft gewisse österreichische Beamte Anstellung finden. Den Grund mag sich Jeder selbst denken. Wir freuen uns aber, daß „bei der Gesellschaft“ solche Leute die große Fülle Maßen.“

— Der „Bittelpatriot“ — diesen Namen soll das Bauernjägerblatt Buttamer's behalten — schimpft auf die Liberalen, daß Einem das Herz im Leibe laßt. In seiner zweiten Nummer — o möchten ihr doch noch recht viele folgen! — heißt es u. A. über die „traurigen Folgen der liberalen Herrschaft in den letzten 12 Jahren“:

„Auch Euch, Ihr Arbeiter, Euch ist sie gut bekommen, die Freizügigkeit, und wie alle die Freiheiten sonst noch heißen! Solange Ihr arbeiten könnt, braucht man Euch, seid Ihr aber alt und arbeitsunfähig geworden, dann wirft man Euch weg und Ihr habt Alle das gleiche Recht, zu hungern und zu verhungern, denn (!) die Liberalen

haben ja das Unfallgesetz zu Falle gebracht; sie werden ebenso die Altersversorgung verwerfen, wenn sie wieder gewählt werden. Darum fort mit den Liberalen. Ihnen gegenüber steht eine große konservative Partei, die genau weiß, was sie will: Schutz des Christenthums und des Deutschtums, ein starkes Königthum; Schutz der nationalen Arbeit in Ackerbau, Handel und Gewerbe; Schutz und Hilfe dem Arbeiter gegen die systemmäßige Ausplünderung.“

„Solche Sprache“, jammert das liberale Bauernjägerblatt, „Reichsblatt“ genannt, wird in einem Blatte geführt, welches auf Kosten des Wahlvereins der Konservativen und in seinem Namen massenweise im Lande verbreitet wird! Möchte man nicht wirklich glauben, es seien verkappte rothe Revolutionäre, welche hier das Wort führen, um die Konservativen zu verderben?“

Und nun folgt ein Schmerzenslied, daß die Liberalen an der Gesetzgebung der letzten zehn Jahre so unschuldig seien wie neugeborene Kinder und selbstverständlich nur im Interesse der Arbeiter und auf Grund von Arbeiterpetitionen das Unfallgesetz abgesehen hätten, worauf sich das Blatt der Herren Rösse und Co. zu folgender Bravouraria aufrast:

„Etwas mehr Achtung vor unseren braven Arbeitern — Ihr Herren Konservativen! Sie sind wirklich nicht die einfältigen Menschen, für die ihr sie halten müßt, wenn ihr zu ihnen solche Sprache führt. Sie sind zu ehrlich, um nicht eine Agitation mit solchen verwerflichen Mitteln zu verabsäumen und Denjenigen, von denen dieselbe ausgeht, den Rücken zu kehren!“

Sehr richtig, hochgeehrte Herren! Die Arbeiter sind wirklich — dieses „wirklich“ ist reizend! — nicht die einfältigen Menschen, für die ihr sie haltet, sie lassen sich weder von dem „verkappten rothen Revolutionär“ Otto de Grahl für Blomard loben, noch auch von euch für die Herren Richter, Bamberger und Kompagnie; sie wissen, daß, wer sie heute politisch rechtlos macht, nicht morgen ihr Feind sein wird, wie sie sich noch sehr gut erinnern, wer im Sommer 1878 am insamsten gegen die Arbeiter hegte, die meisten Lügen ins Land hinausschleuderte und damit wirksamer für die Reaktion arbeitete, als es heute allerdings der Lappajus Grahl vermag.

Und was das Unfallgesetz anbetrifft, so hatten die Liberalen leicht dazugestimmt, nachdem sie selbst ihm mit Hilfe der Konservativen eine solche Form gegeben, daß es in der That die Arbeiter noch schlechter gestellt haben würde, als es heute der Fall ist.

Auch das soll Euch, Konservativen wie Liberalen, nicht vergessen werden!

— Wilhelmsspenden. Verboten wurde in Leipzig die mit dem „Gewerkschaft“ verbundene „Reise-“ und Begräbnis-Unterstützungskasse! Ja ja, man kann nicht wissen, wen diese Kasse begraben wollte. Es gibt nichts Gefährlicheres auf der Welt, als eine Begräbniskasse.

— Zum Weltkongress. Genosse J. Domela Nieuwenhuis erklärt in einem Brief an den „Citoyen“, daß, wenn der Weltkongress in der Schweiz verboten wird, die Delegirten des Proletariats wie im Jahre 1872 brüderlichen Empfang in Holland finden werden. Bravo!

— In Basel liegen die Schmiede- und Wagnergehilfen im Streik gegen ihre Ausbeuter. Es handelt sich um Innehaltung der gesetzlichen Arbeitszeit von 11 Stunden und Anerkennung des von den Arbeitern gegründeten Arbeiternachweissbüreau.

Vor Zugang wird daher gewarnt. Unternehmung erbeten.

— Gegenüber dem wüthen Geschrei „hier Deutschtum, hier Czechenthum!“ ist es eine wahre Freude, zu sehen, wie brüderlich die Klassenbewußten Proletariate beider Nationen gerade heute Hand in Hand gehen. Erst kürzlich, am 10. Juli, legte ein vom „Allgemeinen Arbeiterverein“ in Wien veranstalteter Ausflug Zeugniß davon ab. Es nahmen, heißt es darüber in der Wiener „Zukunft“, gegen 4000 den verschiedenen Nationalitäten angehörige Personen daran Theil, und trotzdem deutsche, böhmische, polnische und ungarische Nationallieder gesungen wurden, bemerkten wir nicht, daß sich jemand hierdurch „provocirt“ oder beleidigt gefühlt hätte.

Und unser in Reichenberg (Deutsch-Böhmen) erscheinendes Bruderorgan, der „Arbeiterfreund“ schreibt:

„Wir können die Arbeiter nicht genug warnen, sich ja von diesem nationalen Taumel nicht ergreifen zu lassen; denn ob wir nun deutsch oder böhmisch sind, wir nähern alle an einer und derselben Kath; ob unsere Herren nun Deutsche oder Tschechen sind, sie werden alle nur von dem einen Gedanken geleitet, aus ihren Arbeitern so viel als möglich Profit herauszuschlagen. Die Arbeiter haben wahrhaftig Bestes zu thun, als sich auf Anderer Geheiß gegenseitig ihrer Sprache wegen zu hassen und gegebenen Falles auch durchzubläuen. Wir haben uns in politischer und auch wirtschaftlicher Beziehung unserer eigenen Haut zu wehren, aber nicht durch die Theilnahme an den nationalen Hekereien der verkappten und offenen Reaktion als Fußstempel zu dienen, damit sie über unsere gekrümmten Rücken hinweg ihr Ziel um so leichter erreicht und unsere wirtschaftliche und politische Unfreiheit nur um so länger dauert.“

Wenn die leitenden Persönlichkeiten an das Volk appelliren, so bedeutet das immer, daß sie in der Mennie sind, und daß dem Volke wieder einmal in einem politischen Spektakelstüde eine Statuenrolle aufgeschafft werden soll. Wenn der Kammel vorbei ist und die eigentlichen Akteure das Ergebnis der Verstellung unter sich vertheilt haben, dann kann der dumme Kerl von Statist wieder gehen und sich die Farbe von dem Gesichte waschen, ob er sich nun weiß-roth, schwarz-roth-gold oder sonstwie angestrichen hat.“

Wahrlich, das sind herzerhebende Zeugnisse für die Richtigkeit des in unserem heutigen Feuilleton Besagten, daß nur die sozialistischen Arbeiter Oesterreichs eine wirkliche Verfassungspartei bilden.

— In Belgien haben anläßlich der Kammerverhandlungen über die Erweiterung des Wahlrechtes in Gent, Antwerpen, Brüssel u. s. w. großartige Demonstrationen der Arbeiterpartei zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes stattgefunden.

— Aus Frankreich kommt die erfreuliche Nachricht, daß der schuftige Andreux endlich doch das Feld hat räumen müssen. Zwar ist er nicht mit Schimpf und Schande dazugezogen worden, sondern „freiwillig“ gegangen, aber das Resultat ist schließlich das Gleiche.

Ob sein Nachfolger, ein Herr Cammesasse, besser sein wird, bleibt noch abzuwarten. Nachdem ziemlich festgestellt, daß weniger Gambetta als Grey es war, der Andreux hielt, ist es sogar ziemlich fraglich, Inwiefern wir werden sehen.

— Endlich fangen die Pariser Sozialisten an, die Vorbereitungen für die nächsten Wahlen energischer in die Hand zu nehmen. Freilich ist der Erfolg bis jetzt ein wenig ermutigender, die Spaltung in Blanquisten, sozialistische Arbeiterpartei und republikanische Sozialisten (die Anarchisten kommen nicht in Betracht) macht sich sehr unangenehm fühlbar. In einzelnen, von Anhängern der sozialistischen Arbeiterpartei einberufenen Versammlungen ist es bereits zu heftigen Auseinandersetzungen mit den — wie es scheint — sehr gut organisierten Blanquisten gekommen, bei welchen die Letzteren den Sieg davontrugen. Es handelt sich nämlich um die Kandidatenfrage, und während die Anhänger der Arbeiterpartei nur Arbeiter aufstellen wollen, verfechten die Blanquisten die Ansicht, es genüge, wenn der betr. Kandidat ein erprobter Revolutionär wäre und auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehe. Sie weisen dabei auf den der Bourgeoisie entstammenden Blanqui hin, dem sie die abtrünnigen Arbeiter Tolain, Rabaud, Crepps und Andere gegenüberstellen.

Ihre Argumente sind, wie man sieht, nicht unbegründet und bereits

tritt auch Molon im „Citoyen“ für eine Verbindung des „Central-Blanquisten“ der Arbeiterpartei mit dem „revolutionären (Blanquistischen) Centralkomitee“ ein, indem er daran erinnert, daß man bereits in Bordeaux und Lyon unter gemeinsamem Banner gekämpft habe, in letzterer Stadt sogar für die Klassenkandidatur Blanqui's gegen die Arbeiterkandidatur Oepié.

Diese Vereinigung würde sicher von großem Nutzen sein; ob sie aber stattfinden wird, bleibt abzuwarten.

— Der nächste — fünfte — Arbeiterkongress in Frankreich findet in Reims im September statt. Es ist zu erwarten, daß er das von seinen Vorgängern so vielversprechend begonnene Werk der Klärung und Organisirung der französischen Arbeiterbewegung wieder um ein gut Stück fördern werde. In dieser Erwartung rufen wir unseren französischen Brüdern ein herzlich „Guttag!“ zu.

— Die Charakterlosigkeit der Bourgeoispreffe kann nicht häufig genug geäußert werden. Eine schlagende Illustration derselben liefert der „California Demokrat“, wie wir unserem Bruderorgan, der „California Freien Presse“ entnehmen. Es handelt sich um das bekannte Buch von Henry George, „Progress and Poverty“ (Fortschritt und Armut), in welchem im Privateigentum an Grund und Boden die Wurzel der sozialen Uebel erblickt und die Annerken des Grund und Bodens und dessen Verpachtung durch den Staat empfohlen wird. Anfanglich nahm der „C. D.“ das Buch sehr freundlich auf, änderte aber schnell sein Urtheil, als er sah, daß jenes bei den Sozialisten Gefallen finde.

So schrieb dem das ehrenwerthe Blatt:

am 18. Dezember 1880: am 5. Mai 1881: „Unser wohlbekannter Mitbürger, Henry George, untersucht in seinem Buche „Progress and Poverty“ eine der wichtigsten Fragen unseres Jahrhunderts. — — — — — Zudem er die herrschende Nationalökonomie bekämpft, errichtet er ein neues System von wunderbarer Klarheit, Einfachheit und Folgerichtigkeit. Das Werk verrieth einen selbständigen Denker, der seiner Autocritik blindlings folgt, sondern der die herrschenden Theorien nur prüfend, ergänzend und widerlegend berührt. So gelangt er dahin, daß er — — — — — Löhne und scharfsinnige Konsequenzen zieht, die ihn in den Stand setzen, das soziale Problem in klarer und bestimmter Weise zu lösen.“

Ein Kommentator ist überflüssig. Wir gratuliren der Bourgeoisie zu derlei unterrichteten, konsequenten, ehrlichen Nachern der „öffentlichen Meinung“.

— Audiatur et altera pars — Höre man auch die Gegenpartei. Wenn wir mißbilligende Aeußerungen der Parteigenossen über Bahlteich und Frische aufgenommen haben, so geschah dies natürlich nur mit dem Vorbehalte, auch den beiden Angegriffenen Raum zur Verteidigung zu geben. Frische hat leider, soweit unsere Nachrichten reichen, eine genügende Erklärung seiner plötzlichen Abreise noch nicht gegeben. Dagegen hat Bahlteich in New-York eine, wenn auch viel zu pessimistische, so doch wenigstens ehrliche Erklärung abgegeben. Wir lesen hieraus dies mit uns so größerer Gemüthsruhe, je peinlicher das Gefühl war, einen so erprobten und treuen Parteigenossen und Kampfkämpfer plötzlich als Deserteur betrachten zu müssen.

„Zeit zwanzig Jahren — sagte Bahlteich in einer Rede in New-York — seit zwanzig Jahren sehe ich in dem Kampfe, den unsere Partei führt. Unter Mühen und Sorgen, stets mit einem Fuße im Gefängnis, und Jahre lang mit beiden — habe ich alle Pfafen desselben mit durchkämpft und dabei — wenn auch unter ungeheuren Anstrengungen — meine bürgerliche Existenz aufrecht gehalten. Jetzt ist mir das nicht mehr möglich. Ich hatte nicht mehr die Möglichkeit einer Existenz in Deutschland. Ich hätte der Partei zur Last fallen müssen, und die Partei ist unter den heutigen Umständen nicht mehr im Stande, auch mich zu tragen. (D. Red.) Ich wäre schließlich Parteivalide geworden, und die Partei, der ich nichts mehr nutzen konnte, hätte mich erbalten sollen. Das konnte ich nicht, das wollte ich nicht! Ich habe nicht die Fäden verlassen, sondern ich setzte unter derselben Fahne weiter für dieselbe Sache, aber an einer anderen Stelle des großen Kriegsschauplatzes, an einer Stelle, wo ich noch glaube unserer Sache nutzen zu können, und die mir die Möglichkeit der Existenz bietet. Was ich gethan habe, habe ich in ruhiger Ermüdung und mit vollem Bewußtsein der mich treffenden Verantwortlichkeit gethan.“

Noch einmal, wir halten Bahlteich's Pessimismus weder durch die Lage unserer Partei noch durch die Entwicklung der Dinge im Allgemeinen in Deutschland für gerechtfertigt; auch meinen wir, daß die Gefahr, Parteivalide werden zu müssen, nicht gerade so ungeheuer nahe lag. Inwiefern Bahlteich war eben anderer Ansicht und hat dieser Ansicht entsprechend gehandelt.

Des Weiteren wollen wir in dieser Angelegenheit Genossen Radow das Wort zu einer Entgegnung auf die Korrespondenz Daubenspeck geben. Derselbe schreibt uns:

„Werthe Redaktion! Was die Korrespondenz Daubenspeck in Nr. 28 des „Sozialdemokrat“ anlangt, so halte ich es für notwendig, Einiges zu berichtigten, obgleich auch ich der Meinung bin, daß es nicht schadet, auch dergleichen Ansichten im „Sozialdem.“ Raum zu geben. Also Bahlteich sagt:

1) Die Revolution kann nur siegreich sein, wenn das Volk in genügender Anzahl, (also nicht in seiner Majorität) dem sozialistischen Prinzip halbig, und wenn zur Durchführung dieses Prinzips die nötigen Intelligenzen vorhanden sind, beides sei, nach seiner Ansicht, jetzt noch nicht der Fall.

2) Der Militarismus in Deutschland ist ein Faktor, mit dem wir in erster Linie zu rechnen haben, wollen wir eine siegreiche Revolution haben, daher muß unsere nächste Aufgabe sein, Propaganda in der Kaiserzeit, er sagte also durchaus nicht, daß der Militarismus eine siegreiche Revolution unmöglich macht.

3) Daß Daubenspeck Frische auch eine prinzipielle Rede halten läßt (er spricht ausdrücklich von den Reden Frische's und Bahlteich's) wirft ein sonderbares Licht auf sein Fassungsvermögen.

Thatsache ist, daß die ganzen zitierten Sätze nur von Bahlteich herrühren, Frische hat an dem Abend nichts weiter gethan, als seine Privatangelegenheiten und Ergebnisse von seiner Reise nach Amerika erzählt, und gesagt, seine endgültige Ueberbedelung nach dort zu motiviren, bei welcher letzterer Gelegenheit er noch mit Bahlteich in Wortwechsell geriet, und zwar dadurch, daß Frische versuchte, die Ueberbedelung Beider als im Einverständniß mit der Partei und seinen Reichstags-Kollegen darzustellen, während Bahlteich dies Einverständniß bestritt und sogar erklärte, daß er wenigstens gegen den Willen der Partei und auf eigene Verantwortung hin die Ueberbedelung ausführe.

4) Daubenspeck behauptet: „daß von unserer Seite keiner der Herren entgegengetreten sei.“ Merkwürdig! Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, so ist Daubenspeck selbst den Herren entgegen getreten?!

Es ist wahr, die Rede Bahlteich's war keine Brandrede, ja, ich will zugeben, daß sie man und wenig ermutigend für die Zuhörer war, daß man aber deshalb den oder die Genossen als feige Schandredner bezeichnet, halte ich entschieden für unzulässig.“

Mit Gruß! H. Radow. Wir bemerken hierzu folgendes: Der von Radow gerügte Ausdruck erschien auch uns nicht am Orte, wir dürften ihn jedoch um so weniger

unterdrücken, als Taubenspek seine Korrespondenz unterzeichnet hatte, und somit Jeder wähle, daß es sich um eine Privatanspannung handelt.

Die Ausführungen Bahleichs waren sicher keine Schönrederei, aber sie beruhen oder beruhen vielmehr unserer festen Ueberzeugung nach auf ganz falschen Voraussetzungen, sowie auf einer ganz falschen Fragestellung. Wir werden diese, nachdem Bahleich einmal in America ist, einzig noch interessante Seite der Streitfrage schon in der nächsten Nummer ausführlich behandeln.

Nach damit für heute genug.

Der von den sogenannten Sozialrevolutionären nach London einberufene Weltkongreß ist am 14. Juli eröffnet worden. Angehlich seien 141 Vereine oder Gruppen (darunter 75 spanische) vertreten, über die Zahl der Delegierten liegt uns bis zum Schluß des Blattes noch keine authentische Nachricht vor. Die Redner werden nicht nach ihrem Namen, sondern nach Nummern bezeichnet. Insofern diese Maßregel zum Schutz gegen Verfolgung der Delegierten in ihrer Heimath getroffen wurde, können wir natürlich nichts dagegen sagen, als prinzipielle Maßregel dagegen, wie sie von den Anarchisten aufgestellt wird, ist sie die Blüthe des Unsinnes. Ueber die Beratungen und Beschlüsse des Kongresses in nächster Nummer.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Korrespondenzen.

**Königsberg.** Hochverehrter Herr Oberstaatsanwalt Zaro, würdiger Reichstagsabgeordneter für Insterburg-Gumbinnen! Nicht Ihnen allein, sondern auch anderen Leuten senden wir, wenn die Dummheiten zu groß werden, manchmal ein Blatt des „Sozialdemokrat“ als memo, memo tokol upharsin. Vor Kurzem waren Sie, verehrter Herr, vielleicht als Sie gerade einen Kallmüser über den Dursch beim Feuerfest genommen, so freundlich, für unsere derartige letzte Sendung nach Königsberg eine Prämie von 100 Mark auf die Entdeckung des Verfassers auszusprechen zu lassen. Der Einsender lacht Sie natürlich aus, wie aber sind Ihnen für die dadurch angestellte Quittung über richtigen Empfang der Mahnung und Warnung unendlich dankbar, ersuchen Sie, bei ähnlichen Gelegenheiten in derselben originellen Weise zu quittieren, und, wenn Sie den Einfluss haben, Ihre allverehrten Kollegen zu gleichem Vorgehen zu veranlassen. Bei der Schlußfeier nach unserem Blatte wird es uns eine Beruhigung sein, seit über den richtigen Eingang unserer Sendungen unterrichtet zu werden.

Mit dem Wunsch, daß Sie —! Sie verstehen mich doch?  
Ein alter Freund.

**Bremen.** 10. Juli. Die Stimmung unter den Parteigenossen und selbst unter der Bürgerschaft ist hier famos, unsere Ausschüsse für die Wahlkampagne vortrefflich. Es kommt uns sehr zu statten, daß die beiden zur Reichstagswahl angebotenen Kandidaten, die Herren Nothe und H. H. Meier hier sehr unbeliebt sind. Herrn Nothe's Haltung am Reichstag hat hier so böses Blut gemacht, daß an seine Wiederwahl nicht mehr zu denken ist. Die Bourgeois selbst müssen Angesichts dessen zugeben, daß eine Wahl unseres Genossen Friede durchaus nicht unwahrscheinlich ist. Wir werden unser Möglichstes thun, die gebührende Antwort auf das Aussnahmengesetz zu erhalten. Des moralischen Sieges sind wir sicher.

**Aus der Oberlausitz.** Die fortschrittlich-schutzamerikanische „Zittauer Morgenzeitung“ — ein Unikum, dem Orléansfabrikanten Péculet gehörig — ist ganz aus dem Häuschen. Nicht weniger als 4 Spalten ihres „kostbaren“ Raumes widmet dieselbe einem von uns verübten gelungenen Coup, die Details in einer Weise schildernd, daß dem biedern Spreßbürger der Mund offen stehen bleibt und eine wahre Gesperstsucht ihn schüttelt. Wir hatten beschlossen, den guten Zittauern ihr schönes Schützenfest nach ganz besonders zu verschönern und gingen deshalb an's Werk, als draußen das Feuerwerk abgebrannt wurde. „Geheimnißvolle Hände tauchten urplötzlich überall auf, waren „im Ru wieder unsichtbar“, verbreiteten „in rasender Eiligkeit“ tausende von Flugchriften und besaßen nachträglich noch die Unerschämtheit, sich nicht einmal von einem „ehrlichen Nachwächter“ arretilen zu lassen. Nun aber! Hätte es doch die Polizei so leicht gehabt, die „Berleuchter“ und „Nachdijonal“ anzunehmen! Jetzt aber muß sie sich so scheußlich plagen — die arme Polizei! Mit dem Flugblatt: „Die Herrschaft der Verbrecher“ belegten wir in weniger als einer Stunde die ganze innere Stadt, die Vorstadt erst gegen Morgen. Wir praktizierten daselbst bis in die Simben hinein und in die Keller hinunter, ja als am andern Morgen die aus Bauten beschäftigten Arbeiter zurückkehrten, fanden sie alle ihre Gerichte mit Flugblättern bedeckt. Ebenso gelang es uns, ein Mädchen in der Kaserne zu verdecken, wie auch im Innern wieder Rathhaus, Kirche noch Schule, weder Briefkasten, Laterne noch Wasserinne verschont, jedes Fensterhaken und jede Thürspalte bedacht wurde. Den „Herren“ Polizisten, die im Wachlokal gemütlich ihren Schafkoppspielen — eine sehr passende Beschäftigung für sie — und sich eben um die „grüne Kanne“ stritten, lebten wir lachend ein volles Duzend dranzeln an die Thüre. (Ihr Inspektor, der als Schützenvordand fungierte, soll sich sehr geärgert haben. Thut uns herzlich leid!) Inzwischen sind sie nun sehr thätig gewesen und haben — nein, wie schlau doch manche Menschen sind! — schon entdeckt, daß Einer — hu! — mit einem Cylinders dabei gewesen. Infolgedessen eifrigste Jagd auf Cylindershüte! Wenn dieselben jetzt im Preise fallen werden, sind wir auch wieder schuld! Denn wer wird sich ohne die Gefahr aussetzen, Cylinders zu tragen, da ja der Strohkopf so gern gesehen wird? — Selbstverständlich sind es Freiwärter, die in der Ober- und Niederlausitz ihr Unwesen treiben, und die schlaue Polizei weiß das auch und entsandte eine ganz besondere Energie im Durchsuchen der Eisenbahntrains, unter Aufsichtung sämtlicher Gensdarmen. Nun, wir wollen auch einmal lachen und freuen uns jedesmal, die Herren so regsam zu sehen, denn es ist doch ein „schönes Gefühl, Arbeitsbedürftigen Beschäftigung verschafft zu haben“, und noch schöner, wenn der Betreffende bisher desentfalls nur als Tagedieb und Fanzknecht, oft jedoch als Schlimmeres seine plempelschleppende Existenz zu verbringen gewohnt war. Wir haben also ein Lebenszeichen von uns gegeben und die oben erwähnte Zeitung, Repräsentant der Fortschrittspartei, die „stets und allein mit voller Ueberzeugung für die Rechte des Volkes eintritt“, bemüht die Gelegenheit, in einem langen Artikel — — mehr Polizei zu fordern. Glende Heuchelei! Ihr macht Euch Hoffnung auf unsere Stimmen? Die Sozialdemokratie hat mit Euch nichts zu schaffen! Sie verachtet die Prose erbärmlicher Wächter, verläßt sich nur auf sich, auf ihre Kraft und ihr Recht!

Cylindersfrie.

**Nürnberg.** 8. Juli. Nach und nach kommt auch unsere wohlthätige Polizei in das eich preussische Fahrwasser hinein. Anfänglich beschloß sie unser fortschrittlich-bürgerlicher Stroemer auf das, was die Ausführung des Sozialstrafgesetzes betrifft, aber bald ließen die Vorbeeren andere Polizeioffiziere oder der Wind mit dem Dampfkehl von Berlin her, ihn nicht mehr schlafen.

Hausdurchsuchungen regnete es nur so, daß es uns bald gar nicht mehr der Mühe werth erschien, davon zu reden. Unschuldige Vergnügungsbereine wurden bei ihren öffentlichen Feiern von so und so viel Spitzeln überwacht; wo dieselben nicht selbst hineinschlummern konnten, wurden die Weiber oder Verwandten geschickt, wie dies der eifrigste dieser Tröpfe that, der Polizei Marsching, dem der veröfentlichte und verkommene Paktank aus allen Eden und Enden heraussieht. Infolge dieser Beschuldigung wurden von die meisten Mitglieder dieser Vereine sich erst recht bewußt, daß sie Sozialdemokraten sein sollten; was Wunder, wenn nun mehr viele derselben wirklich Sozialisten wurden! Schließlich kam es dahin, daß bei den freien gesellschaftlichen Zusammenkünften eines dieser Vereine, des Vereins „Männerkreis Oberrhein“, sogar sozialdemokratische Lieder gesungen worden sein sollten.

Jetzt endlich hatten unsere Polizeigenossen das rothe Stüchchen Tuch, nach dem sie drei Jahre lang gesucht hatten, entdeckt. Was die Polizei alles von diesem Vereine vermutete, führte die Kreisregierung, welche denselben auf Grund des Sozialstrafgesetzes ansah, als Motive an. Der Verein sollte die Kandidatur Grillenbergers proklamirt haben, die Flaggenvereinerung sollte von seiner Mitte ausgegangen sein, und ein Hauptgrund zum Verbot war noch der, daß der Verein in einem Blatte, welches die Regierung sozialistischer Tendenzen beschuldigt, anonymirt ließ.

Als wir die Begründung des Verbots dieses Vereins lasen, sagten wir: da fehlt weiter nichts, als daß man die Vorstandschait nach zum Exekutivkomitee der Reichlichen stempelt, denn für diese Behauptung ließe sich ebensoviele finden wie für die anderen. Unserer lieben Polizei möchten wir nun die Bitte ans Herz legen, in Zukunft bei den übrigen Vereinen, unter deren Mitgliedern sich gleichfalls Sozialisten befinden, eben so eifrig für unsere Sache zu agitieren, wie bei diesem angelassen. Sollte die Stadt die 20 P., welche die Spitzeln zum Verlassen für den Abend bekommen, nicht mehr aufbringen, so darf sie sich vertrauensvoll nur an uns wenden.

Der Tag, welcher uns die Nachricht von der Verhängung des „kleinen“ über Leipzig brachte, überraste uns nach dadurch, daß die „Frankische Tagespost“, ein gänzlich unparteiisches Blatt, herausgegeben von Genosse Karl Grillenberger, fortgesetzt wurde. Als Grund soll der Artikel „Europa und America“, abgedruckt aus der unter dem Belagerungszustande erscheinenden „Berliner Volkszeitung“, angegeben worden sein. Tags darauf wurde jedoch die übereifrige Verfügung des Landgerichts wieder aufgehoben.

Auch sonst geht es recht gemüthlich zu. Wenn es den Polizeistampfen Marsching und Jöbel einfällt, fangen sie Kolporteurs oder Zeitungsbringer resp. Trägerinnen auf der Straße ab und durchsuchen sie. So wurde kürzlich Genosse Grünwald, als er eines Sonntags Morgens die Abonnementsbeträge für die „Frankische Tagespost“ einsamfte, von oben genannten zwei Lumpen zur Polizeiwache geführt, ihm die Kleider heruntergerissen, worauf man ihm bis auf die Haut durchsuchte. Schriftliche Ermächtigung hatten sie nicht zu diesem Streiche. Bürgermeister Stroemer erklärte, sie hätten von einem Beamten den Auftrag hierzu erhalten und wären überdies mit der größten Schonung vorgegangen. Ob er bei dieser „Schonung“ nicht gelacht hat, wenn ihm die Galgenphysiognomie Marsching's ins Gedächtnis kam?

Zu welchem hohen Berne die Gewerksvereine ihrer eifrigen Mitglieder heranbildet, bestätigt der oben genannte, wie auch ich nächster Vorgefeger, der Polizeioffiziant Rarr, welcher beide lange Zeit, sogar bis zu ihrem Eintritt in die Polizei, Mitglieder derselben waren. Bismarck scheint diese vortheilhafte Seite der fortschrittlichen Gründung gar noch nicht recht gewürdigt zu haben.

Oben genannter Offiziant hatte auch gegen Genossen Grillenberger Klage gestellt, weil derselbe ihn gelegentlich einer Hausdurchsuchung einen dummen Schafskopf genannt haben sollte. Obwohl man ihm das recht gerne geglaubt hätte, übte er doch noch das Bedürfnis, sich den Schafskopfen von dem ihn bei der Hausdurchsuchung assistierenden Polizeidienner vor Gericht eidlich bezeugen zu lassen. Das Gericht glaubte es ihm auch und verurtheilte Grillenberger zu 14 Tagen Arrest, gegen welches Urtheil letzterer die Berufung ergreift.

Welch gemüthliche Zustände übrigens sonst bei unserer Polizei herrschen, davon gab uns in der letzten Zeit ein Vorkommniß, das den Herren dortselbst sehr unlieb sein mag, lebhaft Zeugniß. Ein anonymes Schreiben war an den Herrn Bürgermeister eingelaufen, worin gegen mehrere sehr „verdient“ Beamte der Polizei die Anklage geschleudert wurde, daß sich dieselben „schmierzen“ lassen. Natürlich durfte man das nicht auf diesen Ehrenmännern ruhen lassen, umso mehr da man glaubte, der Schreiber werde nichts beweisen können. Bald war auch der Verbrecher entdeckt und vor Gericht gestellt. Nun kam es heraus, daß diesem Alles von einem Polizeidienner in die Feder diktiert worden war. Sofort hat der Magistrat um Niedererschlagung des Verfahrens, da man mit Grund fürchtete, es möchten dabei zu viele Stützen der Gesellschaft umfallen.

Als man schließlich sah, daß man gerade durch diesen schmierzigen Klädchen den „schlimmen“ Nachreden Thür und Thor geöffnet habe, da entschloß man sich nachdrücklich die Häre einer Verhandlung anzufrühlen, aus der zwar die Schmierziegel nicht geläubert hervorgehen, die dem Schreiber und Titanten des Briefes aber bei der Urtheilverhandlung jedenfalls einige Monate einbringen müßte. Soviel ging aber theils aus den Aussagen, theils den Privatgesprächen der Jungen hervor, daß Offiziant Schwindel, eine verdienstliche Polizeioffiziant, sich von den Vätern, zu welchen er zur Verdachts kam, durch Gängelbänder bewegen ließ, ihnen dies zuvor mittheilen zu lassen. Voriges Jahr wurde schon ein Polizist Namens Semmler danongesagt, weil er sein Maul nicht halten konnte, als er den Polizei-Aktuar Raschbacher darüber betraf, wie sich derselbe in seinem Dienstzimmer mit einer Prostituirten eingelassen hatte.

Als jedoch der Entlassene Nieme machte, dies der Redaktion eines oppositionellen Blattes mitzutheilen, gab man ihm Geld, daß er fort konnte. Als Schreiber dieses einen Bekannten kürzlich diese saubere Geschichte erzählte, meinte derselbe, das sei nichts Neues, schon vor ein paar Jahren habe ihn eine junge Wöhmia, der er wegen ihres Lebenswandels in Aussicht gestellt hatte, daß die Polizei sie ansprechen würde, erzählt, daß sie sich davor nicht fürchtete, denn jedesmal wenn sie aufs Rathhaus müße, sperren sich stets einige Beamte mit ihr in ein Zimmer ein. Sie kannte dieselben zwar nicht, beschrieb aber den Einen seiner Uniform nach als einen Offizianten, während der Andere in Zivil war, Bockbart und Brille trug.

Richt wahr, eine nette Gesellschaft, diese Ordnungsbretter! Obenerwähntem Polizeioffiziant und Schnüffler Marsching wird auch von seinen Kollegen nachgesehen, er habe bei einem Gärtner theuere Blutzpflanzen gestohlen und dann verkauft, ja, als er sogar in einem hiesigen öffentlichen Blatte angefordert wurde, sich durch Klage gegen diese Nachrede zu schütten, fand er das gar nicht für nöthig; zu was braucht auch ein Spitzel Ehre, die wäre ihm ja im höchsten Grade hinderlich. Sagte doch der frühere Bürgermeister Reuth sich in Schwabach zu einem Genossen, der sich wegen eines Schurkmanes, der schon verschiedene Diebstahle begangen und unter anderen auch schon einen Koffer erbrochen hatte, beschwerte: „Ja was kann man da machen, ein geschickter, das heißt ein ordentlicher Mensch geht nicht zur Polizei.“ Sehr aufrichtig das! Und nicht aber das alles nichts, indem gerade, wie es fast immer geschieht, die gemeinsten Lumpen das Recht erhalten, in unsere Wohnungen einzudringen und uns auf Schritt und Tritt nachzuschauen, um uns durch ihre Frechheit zu provozieren, wie dies schon thatsächlich geschah, als sie uns zuriefen: „Ihr meint gewiß, wir sind artig?“ — Gebadet Euch nur, Alles hat seine Zeit, sagte der weiße Salomo. Herrn Stroemer möchte ich nur die Frage vorlegen, was wohl seine großen Vorjahre, von deren Rühm man hier Wunderdinge erzählt, dazu gesprochen haben würden, wenn ihnen Jemand prophezeit hätte, daß einst einer ihrer Nachkommen als tollkühner Polizeihüter enden würde; sie, die so manchenmal mit den Nürnbergern gegen diese reuulose räuberische Gollernkappe zu Felde gezogen sind.

**Aus Baden.** 10. Juli. Der Belagerungszustand über Leipzig ist also verhängt, Ehrenfacht der Partei ist es nun, diesen Oberrast möglichst sichtbar heimzuzahlen. Am empfindlichsten dürfte es unsere Unterdrücker wohl berühren, wenn sie sehen, daß trotz aller Gewaltmaßregeln unsere Prinzipien doch immer weiter in's Volk hineindringen. Um dieses zu bewerkstelligen, müssen unsere Genossen alle Energie und alle ihnen zu Gebote stehende Kraft ansuchen, um in möglichst breite Schichten des Volkes, namentlich in die bis jetzt meistens indifferent geblichen Kreise der ländlichen Bevölkerung einzudringen. Daß nun Bantko Agitation nur zu viele Genossen außer sich sein, müssen wir leider nur zu häufig bemerken und gar Manche, der früher, als noch öffentliche Triumphe zu erobern waren, sich erst in's Jenseit legte, hat sich heute in's Schneckenhaus verkrüppelt, indem solchen Leuten offenbar die innere Genugthuung, seine Pflicht gethan zu haben, nicht genügt. Während Manche sich in der Agitation bereits aufreiben, geben sich so Viele einer nicht zu verzeichen Ruhe und Kälte hin. Auch treiben gar Manche die Rücksichten auf ihre Existenz und sonstige Umstände doch ein wenig gar zu weit. Es ist nun durchaus nicht zu verkennen, daß solche Fälle, wo die Zurückhaltung eine Existenzfrage für den Betreffenden ist, leider nur zu häufig vorkommen, aber doch läßt sich auch in solchen Fällen durch geschicktes und tactvolles Wandern Vieles erreichen. Wie manches Borwertheil kann zerstreut, wie manche irrige Auffassung betreffend unserer Prinzipien kann richtig gestellt werden durch länges mündliches Eingehen bei sich bietender Gelegenheit. Zur geeigneten Agitation namentlich auf dem Lande dürfte nun Folgendes beachtenswert sein: Schreiber dieses weiß aus Erfahrung, daß jedes Dorf, jedes Gemeinwesen auf dem Lande heute

unter 20 Jahl, 4-6 geistig gut veranlagt sind, ein rege Interesse für die öffentlichen wirtschastlichen und politischen Zustände besitzen und in ihrem Schaffenstrang und in Ermangelung anderweitiger Aufklärung sich am ultramontanen, konservativen oder auch liberalen Pöbel herum dalgen. Ich selbst konnte schon manchen dieser Sorte, bei dem es nur einiger Aufklärung erzielte und er gehörte, und ich bin überzeugt: kann erst solchen Leuten unsere Parteiliteratur einigermaßen zugänglich gemacht werden, so fallen sie in der Regel aus zu, und daß dann solche Leute viel thun können für uns, das dürfte wohl einleuchtend sein. Viele Genossen dürften nun solche Persönlichkeiten, sei es in ihrer Heimath oder an zeitweiligen Aufenthaltsorten kennen gelernt haben. Wie wäre es nun, wenn diese Genossen, sofern ihnen dieß einigermaßen möglich ist, ein kleines Opser brächten und solchen Leuten zu diesem Zwecke geeignete Broschüren oder sonstige Parteischriften per Post zusenden würden. Dieses Mittel ist gewiss übrigens nicht, daß es nicht auch schon angewandt wurde) nun in Masse angewandt, dürfte doch in manchen Fällen etwas mehr Licht bringen.

Man wird vielleicht hierzu sagen; ja dieß ist schon recht, aber die Bauern geben zu unvorsichtig mit dem Zeug aus, sie würden bald in Masse die Gefängnisse füllen und schließlich das Landvolk noch mehr abgesehrt werden. Meines Erachtens nun, denn ich hatte schon Gelegenheit genug, dieß zu bemerken, wäre eine solche Annahme kaum zu, denn gerade solche Bauern, die sich für derartiges interessieren, sind sehr zurückhaltend und sehen sich ihre Leute wohl an, bevor sie Niemandem ihre Vertrauen schenken. Also Genossen! Greif an die Arbeit und zeigt, was wir vermögen, damit wir unsern Feinern sagen können: Schlagt nur zu! Eure Waffen kehren sich gegen Euch selbst, denn wir jahlen jeden Eurer Schläge mit Zulage wieder heim durch Verdoppelung unserer Arbeit!

### Briefkasten

der Expedition: Fickelhaube: Bestlign. v. 8/7. abgg. mit 29. Freisprüche Adr. Edg. unerläßt. Nr. 40. — Ab. à Cto. 2. Cu. erh. — Rothstrumpf: Willkommen! — Valentin: R. 2,20 à Cto. gutgebe. — F. H. St.: M. 12. — à Cto. Ab. I. u. 2 durch — I. erh. Abdr. vorgem. Weiteres erwartet. — Mr. J. Par: Fr. 7. — à Cto. Ab. 3. Cu. erh. — „Oleichen Recht f. Me“: War ein Frethum. JH. bis Ende Sept. erh. — M. R. Amsterdam: R. 15. — i. d. Ausg. gesammelt, erh. Jds. quiting. Später. Weiteres besorgt i. Bf. v. 18/7. — B. B. Lond: Fr. 49,10 Ab. 3. Cu. à Cto. erh. — G. W. Genf: Fr. 5. — Ab. Juli erh. — Ad. i. Bphtn: Fr. 24. — Ab. 3. u. 4. Cu. erh. Hiert von R. 13,28 dem Hfd. zugewiesen. Dank! — Hmg. Bros. St. Louis: Fr. 51,80 Ab. à Cto. erh. — J. Jönisch: R. 2/7. Fr. 108,80 à Cto. erh. — Jürg. Gaardmann: Fr. 20. — à Cto. Ab. erh. Rechnen bestimmte auf Fortsetzung. Korresp. v. — 29. maßigst direkt zu erlangen suchen. Selbst Knappdr. Gruß! — Heilig: R. 25,20 Ab. 2. Cu. erh. — Jänder: R. 35,40 Ab. 2. Cu. erh. — K. M. Hg: R. 3. — Ab. 3. Cu. erh. — Alg. Gero: R. Kaffe Bierst. d. Dtsch: Fr. 10. — i. d. Ufd. dankend erh. — Franke Neuchâtel: Fr. 5,80 gesammelt f. d. Ufd. dankend erh. 5,50 p. Ab. 2. Cu. eingehelt. — J. V. Abg: M. 3. — Ab. 3. Cu. erh. Alles glatt. — J: M. 12,60 Ab. 3. Cu. erh. u. nach Vorfchr. verfahren. Sind noch zu jahlen 70 Pfg. — Abänder der Nummer in B. ist nun nicht bekannt. Direkt reklamiren! — G. B. M. 3. — Ab. 3. Cu. erh. — — — Paris: Fr. 110. — Ab. 2. Cu. u. Schr. erh. — Cto. Nr. Paris: Fr. 16,95 Schritterersch erh. — Br. Rom: R. 12. — Ab. 2. Cu. erh. Gesammtrest einschließl. ganz Allem Fr. 8,45. Wer soll deun genannt werden? — J. J. Etth: Am 19/7. Abends briefl. beantwortet. — Dtsch. B. Bol: Fr. 10. — dem Ufd. dankend zugewiesen. — Redbat: Am 20/7. schriftl. berichtet. — Rom. A. B. London: R. 20. — durch R. erh. u. dem Ufd. dankend zugewiesen. — Dtsch. Soj. Bayern: Fr. 7. — deogl. — Sch. Stbg: R. 1,45 für Phot. u. Zi. R. erh. — Reichsmaulwurf: R. 15,80 Ab. 3. Cu. erh. — — — Hapert manchmal unterwegs ohne unser Zutun. — A. Lanf. Chicago: Nachsieg. bewirkt. Weiteres folgt. — Du: R. 7,60 Ab. Mai u. à Cto. Juni erh. 3 St. B. folgen mit 30. — Schneider i. Cafe F. Chanzels: Fr. 3. — dem Ufd. dankend zugewiesen. — S. S. G. B.: Fr. 1,25 dem Ufd. zugew. Abnu. nun bis Ende 81 bezahlt. Dank. — Unbekannt sein Wolender: Fr. 1. — d. Ufd. dankend zugewiesen. — Yebert: u. Zaurer: R. 100. — d. Ufd. ds. zugew. Bf. kostete 50 Cto. Straßporto! — Dtsch. B. Bephal: Fr. 8. — d. Ufd. ds. zugew. — Egt: R. 87,65 à Cto. erh. — Brief erwartet. — Red. d. Rowrose. Genf: Fr. 15. — d. Ufd. ds. zugew. — Rothbart: Bf. v. 17. 7. erh. Besprochenes erwartet. Mehr folgt. — Schmürung: Bf. v. 17. 7. erh. u. am 21. beantwortet. Ausg. folgt. — G. i. G.: R. 9. — Ab. 3. Cu. f. 3 Erpl. erh. Bf. an bel. Abdr. Weiteres berichtet. — London: „Und als mit Spieß und Jägerrod sie ihn zu Grab gethan, hub selbst die alte Pampengold' berrübt zu lanten an.“ heißt es im Lied vom „verlorenen Rottenstein“. Erpellen, et bimmel! It isobe jar et is de olle Bekannte! —

## Anzeigen.

Durch die Unterzeichnete, sowie durch die Volksbuchhandlung in Göttingen-Jülich, Rastmostraße 3, sind zu beziehen:

### Die Sozialdemokratie vor dem deutschen Reichstag.

Stenographischer Bericht der Beratungen des deutschen Reichstags über die Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ in Berlin, Hamburg, Altona u. Umgegend in den Sitzungen vom 30. u. 31. März 1881.

Preis für Einzeleremplare: 60 Pfl. (30 Pfg. Doppelbroschuren beifügen); bei Partien von 10 Erpl. an: 1 r a n k o für Rabat.

Ferner:  
**Bebel's Rede über das Unfallversicherungsgesetz.**

Gehalten in der Reichstagsitzung vom 4. April 1881.

Preis per Einzeleremplar: 10 Pfl. (Porto extra); bei größeren Partien wie oben.

**Der Extrag ist für die Familien der Ausgewiesenen bestimmt.**

### Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Weiter empfehlen wir:  
**Die soziale Baukunst**

oder  
**Gründe und Mittel für den Anbau und Wiederaufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse.**

Von  
**J. Alois Petzler.**

Dieser für das Studium und die Lösung der sozialen Frage wichtige Werk wird im Verlage der Volksbuchhandlung in Göttingen-Jülich, sowohl in Einzeleremplaren als auch gebunden in zwei Bänden erscheinen.

Preis: 50 Cta. das Heft.  
Der erste Band (mit dem Bildnis des Verfassers) ist erschienen.  
Preis des ersten Bandes, 13 Hefte, brochiert Fr. 4. —  
— — — — in Halbleinwand gebunden — 5. —  
— — — — — Ganzleinwand — 5. 50

**Der Reinertrag ist für die Opser des Sozialisten Gesetzes bestimmt.**

### Verlag des „Sozialdemokrat“

#### Ein herzliches Lebwohl

bei meiner Abreise nach America allen Genossen und Freunden unserer Sache.  
Eberfeld, 15. Juli 1881. J. H. Heinrichs.